

Wolfgang Pollan

Anhaltend hohe Teuerung 1993 von Sonderfaktoren dominiert

Wie schon im Jahr 1992 war auch 1993 der Preisauftrieb in Österreich stärker als in den meisten OECD-Ländern. Damit ging die Spitzenstellung, die Österreich viele Jahre unter den Ländern mit der stabilsten Währung innegehabt hatte, verloren. Die Inflation erreichte zu Beginn des Jahres 4,1%, sank jedoch allmählich auf 3,4% zurück. Dennoch war sie auch mit diesem Wert höher als im OECD-Durchschnitt (ohne Türkei) von 2,7%.

Im Oktober 1993 war die Inflation am geringsten in Dänemark, Großbritannien, Irland, Finnland und den Niederlanden mit Raten bis 2%, in Norwegen (2,0%), Frankreich (2,2%) und Belgien (2,7%). In der Schweiz, die ebenso wie Österreich im langfristigen Vergleich eine niedrige Teuerungsrate aufgewiesen hatte, lag die Inflationsrate bei 3,4%. In Westdeutschland stiegen die Verbraucherpreise mit +3,9% stärker als in Österreich. In Schweden, wo noch im Vorjahr die Inflationsrate 2,3% betragen hatte, beschleunigte sich die Teuerung infolge der Abwertung (Erhöhung der Importpreise) auf

Der kräftige Anstieg der Verbraucherpreise hält in Österreich an. Im Vergleich der Inflationsraten schneidet Österreich 1993 unter den Industrieländern schlecht ab. Die Teuerungsrate lag in den letzten Monaten bei 3,5% und damit erheblich über dem OECD-Durchschnitt. Die trotz der Konjunkturflaute anhaltend hohe Teuerung hat viele Ursachen: Das kräftige Lohnwachstum aus den Vorjahren wirkt noch in das Jahr 1993 hinein. Daher steigen die lohnkostenintensiven Dienstleistungspreise am stärksten. Andererseits entlasten sinkende Preise von Rohstoffen und Halbfertigwaren die Kalkulation der industriell erzeugten Waren. Hier läßt der Preisauftrieb allerdings erst schleppend nach; es gibt Anzeichen, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland auch in Österreich zum Anlaß von Preiserhöhungen genommen wurde. Letztlich trug auch die Anhebung von Tarifen und Gebühren sowie von Mieten zur hohen Inflationsrate bei.

4,3%. In Großbritannien dagegen blieb die Teuerungsrate trotz kräftiger Abwertung mit 1,4% sehr niedrig; in Großbritannien sowie in anderen Ländern, in denen die Wohnungskosten teilweise über die Zinssätze für Hypothekendarlehen in den Verbraucherpreisindex eingehen, ist die niedrige Inflationsrate zum Teil dem Rückgang des Zinsniveaus zuzuschreiben: Ohne Berücksichtigung der Hypothekenzinsen beträgt die Inflationsrate in Großbritannien 3,7%. Auch in den OECD-Ländern in Übersee unterschritt die Teuerungsrate jene in Österreich: Sie betrug in Japan nur 1,3%, in den USA 2,8%, in Kanada 2,2%, in Australien 2,3%. In Neuseeland lag sie unter der 2%-Marke

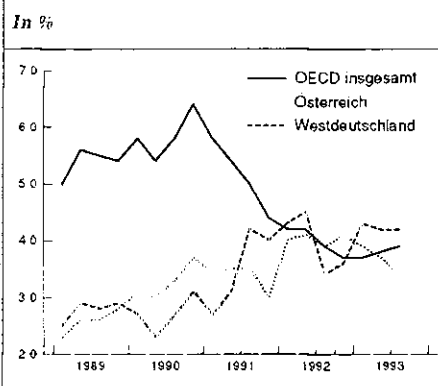
Der Preisauftrieb läßt in den OECD-Ländern seit Ende 1990 nach. Die weitweite Nachfrageschwäche, die in den Jahren zuvor eine restriktive Geldpolitik

Verlangsamung der Inflation in den OECD-Ländern

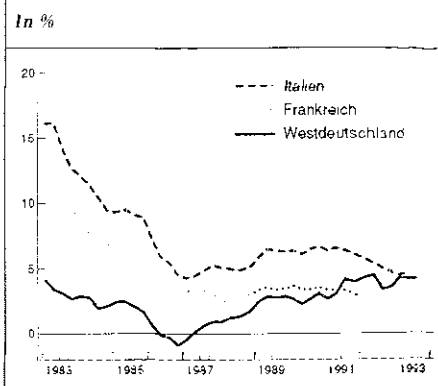
ausgelöst hatte, bewirkte in den Jahren 1991 und 1992 ein deutliches Nachgeben der Preise auf den Rohstoff- und Erdölmärkten. Auch 1993 setzte sich diese Entwicklung nach einer vorübergehenden Festigung der Erdölpreise im Frühjahr fort. Im III. Quartal lagen die Rohstoffpreise laut HWWA-Index auf Schillingbasis um 21% unter dem Jahresdurchschnitt von 1989. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise, die von 1989 auf 1990 noch angezogen hatten, war der Rückgang mit 30% noch stärker ausgeprägt.

Aber nicht nur der Verfall der Rohstoffpreise, sondern auch die Verflachung des Auftriebs der Lohnkosten, eines weiteren wichtigen Kostenelementes, trug zum Abflauen der Inflation bei. In Frankreich und Großbritannien — Ländern, die eine deutliche Politik der

Die Inflationsrate in Österreich, Westdeutschland und der OECD



Die Inflationsrate in Italien, Frankreich und Westdeutschland



HWWA-Rohstoffpreise

Übersicht 1

Auf Schillingbasis

	1989	1990	1991	1992	I. Quartal	1993 - II Quartal	III Quartal
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
HWWA-Index insgesamt	+ 18,2	+ 0,2	- 9,9	- 6,9	+ 0,9	- 7,8	- 4,0
Ohne Energierohstoffe	+ 7,4	- 14,0	- 7,2	- 8,7	- 5,8	- 10,8	- 0,3
Nahrungs- und Genußmittel	+ 2,7	- 21,9	- 3,7	- 6,1	- 2,1	- 1,6	+ 21,7
Industrierohstoffe	+ 9,6	- 10,6	- 8,6	- 9,8	- 7,4	- 14,5	- 8,6
Agrarische Industrierohstoffe	+ 7,0	- 5,4	- 11,5	- 12,0	- 10,0	- 17,7	- 12,1
NE-Metalle	+ 10,6	- 22,4	- 11,3	- 7,1	- 3,8	- 16,1	- 11,4
Energierohstoffe	+ 25,0	+ 7,9	- 11,0	- 6,1	+ 4,1	- 6,5	- 5,6

Geldwertstabilität betrieben — sowie in den skandinavischen Ländern verlangsamt sich der Auftrieb der Lohnkosten seit Ende der achtziger Jahre merklich. In Nordamerika sowie in Japan veränderten sich die Lohnzuwachsrate zu Beginn der neunziger Jahre kaum; das Abflauen der Inflation ist daher in erster Linie dem Verfall der Rohstoffpreise zu verdanken. In Westdeutschland dagegen beschleunigte sich mit dem Aufleben der Konjunktur im Zuge der Wiedervereinigung der Lohnauftrieb deutlich, und diese Tendenz griff auch auf Österreich über. Wie in der BRD erforderte der Einbruch der Konjunktur auch in Österreich eine Dämpfung des Lohnauftriebs; diese kam im Herbst 1993 mit dem Abschluß der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie.

Österreich war jedoch nicht das einzige Land, das im traditionellen DM-

Block eine Sonderkonjunktur und damit eine beschleunigte Erhöhung der Lohnkosten aufwies. Auch in Belgien, den Niederlanden und der Schweiz verstärkte sich der Lohnauftrieb in der Erholungsphase; die Zuwachsrate blieben allerdings mit Ausnahme der Schweiz erheblich unter jenen in Österreich. Die Unterschiede in den Lohnsteigerungsraten spiegeln sich deutlich in den Teuerungsraten: Die BRD (Westdeutschland), die Schweiz und Österreich weisen, wenn man von den südlichen OECD-Ländern abieht, in der OECD die höchsten Inflationsraten auf. In der BRD trug darüber hinaus eine Reihe von Steuer- und Tarifierhöhungen zur Beschleunigung der Inflation bei.

Die jüngste Entwicklung der Verbraucherpreise in Österreich

Im Jahr 1992 pendelte die Inflationsrate in Österreich um 4,0%. Dies ist auch der Durchschnittswert für 1992. Schaltet man allerdings die — rückläufigen — Preise von Saisonwaren (Obst, Gemüse und Kartoffeln) aus, so ergibt sich im Durchschnitt des Jahres 1992 eine Inflationsrate von 4,2%. Anfang 1993 war ein Rückgang um etwa ½ Prozentpunkt zu erwarten, da im Vorjahresvergleich die Auswirkungen der Erhöhung der Mineralölsteuer sowie der Änderung der Getränkebesteuerung wegfiel. Tatsächlich verminderte sich die Inflationsrate jedoch nur von 4,2% im Dezember 1992 auf 4,1% im Jänner 1993: Die Preise einer großen Anzahl von Waren und Dienstleistungen stiegen zu Jahresbeginn merklich. Zwar ist es nicht ungewöhnlich, daß sich Preiserhöhungen zu Jahresanfang häufen, diese Erscheinung war jedoch 1993 besonders stark ausgeprägt. Zudem hatte sich

der Preisauftrieb in manchen Bereichen bereits im Herbst verstärkt; in den Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr, die ja die Bewegung zwischen Beginn und Ende der Vergleichsperiode ermitteln, war er aber erst mit Jahresbeginn erkennbar.

Übersicht 3 gibt den Verlauf von 7 Untergruppen des Verbraucherpreisindex wieder, die nach Art der Preisbildung und der Güter verhältnismäßig homogen sind. *Nahrungsmittel* verteuerten sich im III. Quartal 1993 (+ 2,4%) insgesamt merklich schwächer als 1992 (+ 3,7%). Wie im Vorjahr verbilligten sich die Saisonprodukte; die geringe Verteuerung von Fleisch, Geflügel und Fischen spiegelt die gute Versorgungslage in diesem Sektor wider.

Die Erhöhung der Preise von *Tabakwaren* im April 1992 wurde ab April 1993 in den Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr nicht mehr wirksam; seitdem war die Teuerungsraten nahezu Null. Die *Mieten* steigen in den letzten Jahren rasch; dazu trugen sowohl die steigende Anspannung auf dem Wohnungsmarkt als auch die Anhebung der Mietzinsobergrenzen bei. Gemessen an der Jahresveränderungsrate trat der Höhepunkt mit + 8,3% im Dezember 1992 ein. Seitdem schwächte sich der Preisauftrieb um etwa 4 Prozentpunkte ab. Eine gegenläufige Entwicklung zeigen dagegen die Preise von *Dienstleistungen und Sachgütern im Bereich der Wohnung* (Baumaterial, Arbeiten und Reparaturen im Eigenheim sowie Gemeindeabgaben, Rauchfangkehrer), wobei Abgaben wie Kanal- und Wassergebühren mit einer Rate von rund + 13% besonders stark erhöht wurden.

Auch die *amtlich geregelten Dienstleistungspreise*¹⁾ (dazu gehören z. B. Spitalskosten, Preise von Theaterkar-

Arbeitskosten je Stunde Übersicht 2 in der verarbeitenden Industrie

In nationaler Währung

	1991	1992	1993 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Belgien	+ 5,0	+ 4,5	+ 4,6
BRD	+ 6,5	+ 7,1	+ 6,5
Frankreich	+ 4,5	+ 4,1	+ 3,7
Großbritannien	+ 8,2	+ 5,8	+ 3,4
Italien	+ 8,4	+ 5,1	+ 5,6
Japan	+ 6,1	+ 4,6	+ 2,9
Niederlande	+ 3,6	+ 5,0	+ 5,0
Schweden	+ 4,6	+ 4,6	+ 3,5
Schweiz	+ 7,5	+ 5,4	+ 3,6
USA	+ 4,6	+ 3,7	+ 3,0
Dänemark	+ 4,5	+ 3,4	+ 3,0
Kanada	+ 4,8	+ 3,6	+ 2,8
Norwegen	+ 5,3	+ 2,2	+ 2,5
Griechenland	+ 14,5	+ 15,0	+ 12,6
Finnland	+ 6,7	+ 2,4	+ 2,2
Spanien	+ 8,0	+ 8,0	+ 6,5
Irland	+ 5,6	+ 5,7	+ 5,7
Portugal	+ 16,6	+ 12,0	+ 8,0
Österreich	+ 6,1	+ 6,1	+ 5,0

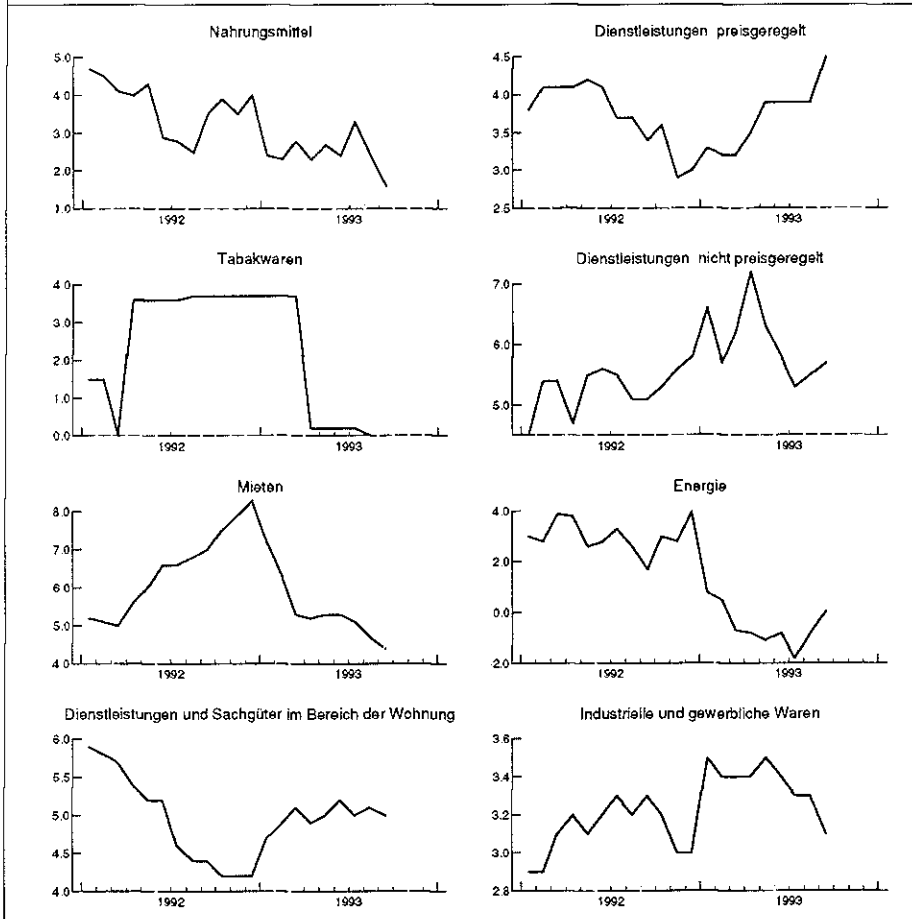
¹⁾ Prognose

¹⁾ Stand von 1986; inzwischen wurde eine Reihe von Preisen aus der amtlichen Preisregelung genommen.

Inflationsraten in Österreich

Abbildung 3

In %



ten, Radio- und Fernsehgebühren, Kraftfahrzeugsteuer, Prämien der Haftpflichtversicherung, Tarife des öffentlichen Verkehrs, Telefon- und Postgebühren) ziehen seit Ende 1991

verstärkt an. Im III. Quartal erreichte die Inflationsrate 4,1%. Das Aggregat der *nicht preisgeregelten Dienstleistungen* besteht aus zwei Untergruppen, deren Preisentwicklung seit eini-

gen Jahren deutlich auseinanderläuft. Die Preise von Reisen und Unterkunft haben ein Gewicht von rund 30% (davon drei Viertel Ausgaben für Urlaub und Reisen im Ausland); sonstige Dienstleistungen haben einen Anteil von 70%. Während die Preise von Urlaubsdienstleistungen 1991 wesentlich schwächer als jene der sonstigen Dienstleistungen gestiegen waren, war die Lage 1992 und besonders deutlich 1993 umgekehrt: Preise von Urlaubsleistungen lagen in den ersten drei Quartalen trotz der schwachen Nachfrage in diesem Sektor und der Abwertung in einigen Urlaubsländern um 6½% über dem Vorjahresniveau; die Preise sonstiger Dienstleistungen (z. B. Speisen außer Haus, Getränke im Gasthaus, Haushaltsversicherung, Reinigung, Friseur, private Krankenversicherung, Kino, Fernsehmechaniker, Arbeiten am Pkw) erhöhten sich im selben Zeitraum um knapp 1 Prozentpunkt schwächer, nur etwas stärker als die Steigerungsrate des Tariflohnindex (5,1%).

Seit mehr als zwei Jahren steigen die Preise der *industriellen und gewerblichen Waren* trotz der Entlastung durch sinkende Rohstoffpreise und nachlassendem Lohndruck mit einer Rate über 3%. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale lag die Teuerungsrate sogar bei 3,4%. In dieser Gruppe, die mit einem Gewicht von 30% die Entwicklung des Verbraucherpreisindex stark beeinflusst, zeigen die Ver-

Inflationsraten

Übersicht 3

	1991	1992	1992				1993		
			I Quartal	II Quartal	III Quartal In %	IV Quartal	I Quartal	II Quartal	III Quartal
Nahrungsmittel	4,1	3,7	4,4	3,7	3,0	3,8	2,6	2,4	2,4
Preisgeregelt	1,2	6,4	5,9	7,1	6,2	6,6	3,0	2,8	2,5
Nicht preisgeregelt	2,9	4,8	4,4	4,9	4,6	5,2	4,0	3,2	2,8
Fleisch Geflügel Fische	5,3	4,3	4,7	4,3	4,3	3,8	3,0	2,7	1,6
Saisonwaren	12,0	-7,5	0,8	-8,1	-13,1	-8,5	-7,3	-3,1	3,1
Tabakwaren	1,3	3,0	1,0	3,6	3,7	3,7	3,7	0,2	0,1
Mieten	4,8	6,5	5,1	6,1	6,8	7,9	6,3	5,3	4,8
Dienstleistung und Sachgüter im Bereich der Wohnung	4,5	4,9	5,8	5,3	4,5	4,2	4,9	5,0	5,0
Dienstleistungen									
Preisgeregelt	2,2	3,7	4,0	4,1	3,6	3,2	3,2	3,8	4,1
Nicht preisgeregelt	4,3	5,3	5,1	5,3	5,3	5,6	6,2	6,5	5,5
Ohne Reisen und Unterkunft	5,2	5,4	5,0	5,7	5,5	5,5	6,1	5,6	5,6
Reisen und Unterkunft	2,1	5,0	5,5	4,2	4,7	5,7	6,4	8,6	5,2
Industrielle und gewerbliche Waren	3,2	3,1	3,0	3,2	3,2	3,0	3,4	3,5	3,2
Industrielle Verbrauchsgüter	3,3	3,0	2,6	2,8	3,2	3,3	2,9	2,6	2,3
Gebrauchsgüter									
Langlebig	2,2	2,0	1,8	2,0	2,1	2,0	3,1	3,7	3,6
Kurzlebig	3,8	4,1	4,1	4,3	4,2	3,7	3,9	3,7	3,4
Energie	0,0	3,0	3,2	3,1	2,5	3,3	0,2	-0,9	-0,9
Index der Verbraucherpreise	3,3	4,0	4,0	4,1	3,9	4,1	3,9	3,7	3,4
Ohne Saisonwaren	3,2	4,2	4,1	4,3	4,2	4,3	4,0	3,9	3,5
Ohne Energie	3,6	4,1	4,1	4,2	4,0	4,1	4,2	4,1	3,8

brauchsgüter (wie Putzmittel, Körperpflegemittel, Bücher, Zeitungen, Filme, Blumen, Tierfutter) mit +2,7% im 1 Halbjahr (III Quartal +2,3%) die geringste Teuerung. *Langlebige Gebrauchsgüter* (etwa Möbel, Bodenbeläge, Öfen Elektrogeräte, Schmuck, Fotogeräte, Radio- und Fernsehgeräte, Personenkraftwagen mit 34% des Gruppengewichtes) hatten sich noch im Jahr 1991 und 1992 um nicht mehr als 2,2% und 2,0% verteuert; erst im Laufe des Jahres 1993 erhöhte sich die Jahresinflationsrate nach kräftigen Preiserhöhungen zu Jahresbeginn auf 3,7% und 3,6% im II. und III. Quartal 1993. *Kurzlebige Gebrauchsgüter* (wie Hausrat, Bettwäsche, Bekleidung, Schuhe und persönliches Zubehör, Schreibmaterial, Spiel- und Sportgeräte, Autozubehör, wobei Bekleidung, Schuhe und persönliches Zubehör mit einem Anteil von fast drei Vierteln die wichtigste Gruppe sind) verteuerten sich mit +3,8% und +4,1% in den Jahren 1991 und 1992 überdurchschnittlich stark. Der Preisauftrieb ging allerdings im Laufe des Jahres 1993 von 3,9% im I. Quartal auf 3,4% im III. Quartal zurück.

Der Rückgang der Rohölpreise (auf Schillingbasis) in den letzten drei Jahren dämpfte die Entwicklung der im Verbraucherpreisindex erfaßten *Energiepreise* (Kohle, Brennholz, Heizöl, Strom, Gas, Fernheizung, Benzin, Dieselöl). Die Energiepreise blieben 1991 unverändert, stiegen 1992 hauptsächlich aufgrund der Erhöhung der Mineralölsteuer um 3,0% und waren 1993 leicht rückläufig.

Besorgnis um die Höhe des Preisauftriebs

Der rasche Anstieg der Verbraucherpreise, der Österreich aus dem Kreis jener Länder mit der höchsten Preisstabilität ausscheren ließ, wurde von den wirtschaftspolitischen Instanzen als eine besorgniserregende Entwicklung erkannt; eine längere Zeit währende Abweichung vom Inflationstrend anderer Länder könnte nämlich auch die außenwirtschaftliche Stabilität der österreichischen Währung gefährden. Zu Beginn des Jahres 1993 empfahl daher die Oesterreichische Nationalbank neben einer maßvollen Lohnpolitik und Zurückhaltung in der

Gebühren- und Abgabepolitik auch eine Verschärfung des Wettbewerbes, um die strukturellen Kräfte des Preisauftriebs zu bekämpfen (Gartner — Glück, 1993, S. 38-41).

Ende September 1993, nach Abschluß der Lohnrunde im Eisen- und Metallsektor, betonten der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Bundesarbeitskammer in einem Schreiben an die Bundesregierung die Notwendigkeit, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft abzusichern. Unter Hinweis auf den niedrigen Lohnabschluß der Metallarbeitergewerkschaft sprachen sich die Arbeitnehmervertreter dafür aus, in Abstimmung mit der Regierung und den Sozialpartnern auch andere Maßnahmen zur Erreichung von Preisstabilität einzusetzen. In einer Sitzung der Paritätischen Kommission am 19. Oktober 1993 beschloßen Bund, Länder, Gemeinden und Sozialpartner eine Reihe von Maßnahmen zur Konjunkturbelebungs- und Stabilitätssicherung. Dieser „Konjunkturbelebungs- und Stabilitätspakt“, von den Medien kurz „Solidarpakt“ genannt, weist darauf hin, daß „in einer kleinen, offenen Volkswirtschaft wie der österreichischen der Absicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowohl kurz-, aber auch mittel- und längerfristig entscheidende Bedeutung“ zukommt (ÖGB, 1993, S. 2). Im preispolitischen Teil heißt es weiter: „Der jüngst erfolgte Kollektivvertragsabschluß im Metallbereich hat einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels erbracht. . . . Es kommt nunmehr darauf an, die stabilitätspolitische Orientierung in den anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik konsequent beizubehalten und so die Voraussetzungen für eine möglichst baldige Erholung der Konjunktur in Österreich weiter zu verbessern.“

Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialpartner bekennen sich zum stabilitätspolitischen Ziel bei Fortsetzung der Hartwährungspolitik die Senkung der Inflationsrate 1994 unter das im September vom WIFO prognostizierte Niveau von 2,8 Prozent und damit die Erweiterung des Spielraums für eine Fortsetzung der stabilitätsorientierten Einkommenspolitik in allen Bereichen zu ermöglichen.

Die Bundesregierung und die verantwortlichen Bundesminister werden das ihnen zur Verfügung stehende Instrumentarium (insbesondere Preisgesetz, Kartellgesetz und sonstige Rechtsnormen mit Auswirkung auf die Wettbewerbssituation) voll nutzen, um die Preisentwicklung zu dämpfen.“

Unter dem Untertitel „Erhöhungen nicht über Inflationsrate“ folgt eine Verpflichtung des Bundes, der Länder und der Gemeinden, darauf hinzuwirken, daß Gebühren und Tarifierhöhungen nicht über der Inflationsrate liegen. Im Abschnitt „Sozialpartner für Preisdämpfung“ bekennen sich die Sozialpartner dazu, dem Ziel der Preisstabilität Vorrang zu geben sowie dazu, das im Sozialpartnerabkommen 1992 vorgesehene Instrumentarium zur Preisdämpfung im Rahmen des Preisunterausschusses der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen voll zu nutzen.

Der Abschnitt „Maßnahmen und Forderungen“ enthält folgende Richtlinien:

„Im besonderen wird darauf zu achten sein,

- daß durch Änderung der Wechselkurse und Leitzinsen bedingte Kostenvorteile weitergegeben werden. Zur Klärung der Sachlage werden die Sozialpartner bei Bedarf das im Sozialpartnerabkommen 1992 vorgesehene Instrument der Branchengespräche im Preisunterausschuß einsetzen;
- daß die Kosten neu eingeführter Umweltprojekte unter strenger Kontrolle gehalten werden . . .
- daß ganz generell von nicht dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten, kartellierten Bereichen Preisdisziplin gehalten wird;
- daß die Strompreise stabil gehalten werden;
- daß die Mineralölsteuer unter Berücksichtigung der Preisdifferenz im benachbarten Ausland um maximal 50 Groschen je Liter erhöht wird und 1994 von der Einführung einer Energiesteuer Abstand genommen wird; . . .
- daß sich die Gebührenerhöhungen bei den Kreditinstituten an der Inflationsrate, jedoch unter Beach-

„...ung der Kostenwirkungen von Gesetzen, orientieren“

Zum Abschluß der Vereinbarung heißt es, daß der Erfolg der vereinbarten Maßnahmen laufend überprüft werden soll; „allenfalls werden notwendige Veränderungen dieses Stabilitätspakts beschlossen werden“ (ÖGB, 1993, S 3).

Die Weitergabe von Verbilligungen im Ausland an den Konsumenten im Inland

Sowohl die Inflationsanalyse der Notenbank als auch der „Konjunkturbelebungs- und Stabilitätspakt“ der Sozialpartner weisen darauf hin, daß für die Erhaltung der Preisstabilität die Weitergabe von Importverbilligungen, gleichgültig ob sie nun Rohstoffe, Halbfertigwaren, Investitionsgüter oder Konsumgüter betreffen, sehr wesentlich ist. Dies gilt besonders für ein Land, das tendenziell aufwertet: Die durch die Wechselkursänderung herbeigeführte Preissenkung der Einfuhr müßte den Letztverbrauchern zugute kommen.

Die österreichische Wirtschaftspolitik hat in den letzten zwei Jahrzehnten sehr erfolgreich durch eine Politik der Lohnmäßigung und der Aufwertung die Inflation niedrig gehalten und damit auch in weiterer Folge den Außenwert der Währung gesichert. Eine theoretische Begründung dieser Vorgangsweise läßt sich im „Skandinavischen Modell“ finden, das zwischen handelbaren und nicht handelbaren Gütern unterscheidet. In diesem Modell werden Löhne und Importe als die einzigen Kostenelemente betrachtet. Danach kann sich eine Volkswirtschaft von den inflationären Einflüssen, die von den Handelspartnern ausgehen (importierte Inflation) nur durch eine zurückhaltende Lohnpolitik und eine gleichzeitige Aufwertung, die die Importwaren verbilligt, befreien. Wenn eine Stabilisierungspolitik sich jedoch nur auf Lohnzurückhaltung stützt, weil entweder die Wechselkurspolitik überhaupt nicht eingesetzt wird oder die im Zuge der Aufwertung bewirkte Verbilligung nicht rasch und vollständig weitergegeben wird, verschieben sich die Einkom-

Vergleich der Inflationsrate zwischen Österreich und Westdeutschland

Übersicht 4

	Österreich	Westdeutschland	Österreich	Westdeutschland	Österreich	Westdeutschland
	Jahresdurchschnitt 1992		1. Halbjahr 1993		III. Quartal 1993	
	in %					
Nahrungsmittel ohne Saisonwaren	4,9	2,2	3,2	2,1	2,4	1,3
Saisonwaren	-7,5	-6,0	-5,2	-10,7	3,1	-2,8
Tabakwaren	3,0	5,7	1,9	6,2	0,1	4,2
Mieten ¹⁾	5,7	5,5	5,4	6,2	4,9	5,9
Dienstleistungen	4,8	5,5	5,5	6,6	5,1	6,7
Industrielle und gewerbliche Waren	3,1	2,8	3,4	3,2	3,2	3,2
Industrielle Verbrauchsgüter	3,0	2,8	2,7	3,0	2,3	3,3
Gebrauchsgüter	3,2	2,9	3,7	3,3	3,4	3,1
Langlebig	2,0	3,0	3,4	3,7	3,6	3,5
Kurzlebig	4,1	2,7	3,8	2,9	3,4	2,8
Energie	3,0	1,9	-0,4	1,3	-0,9	1,1
Index der Verbraucherpreise	4,0	4,0	3,8	4,2	3,4	4,2
Ohne Saisonwaren	4,2	4,2	3,9	4,5	3,5	4,3
Ohne Energie	4,1	4,2	4,1	4,5	3,8	4,4

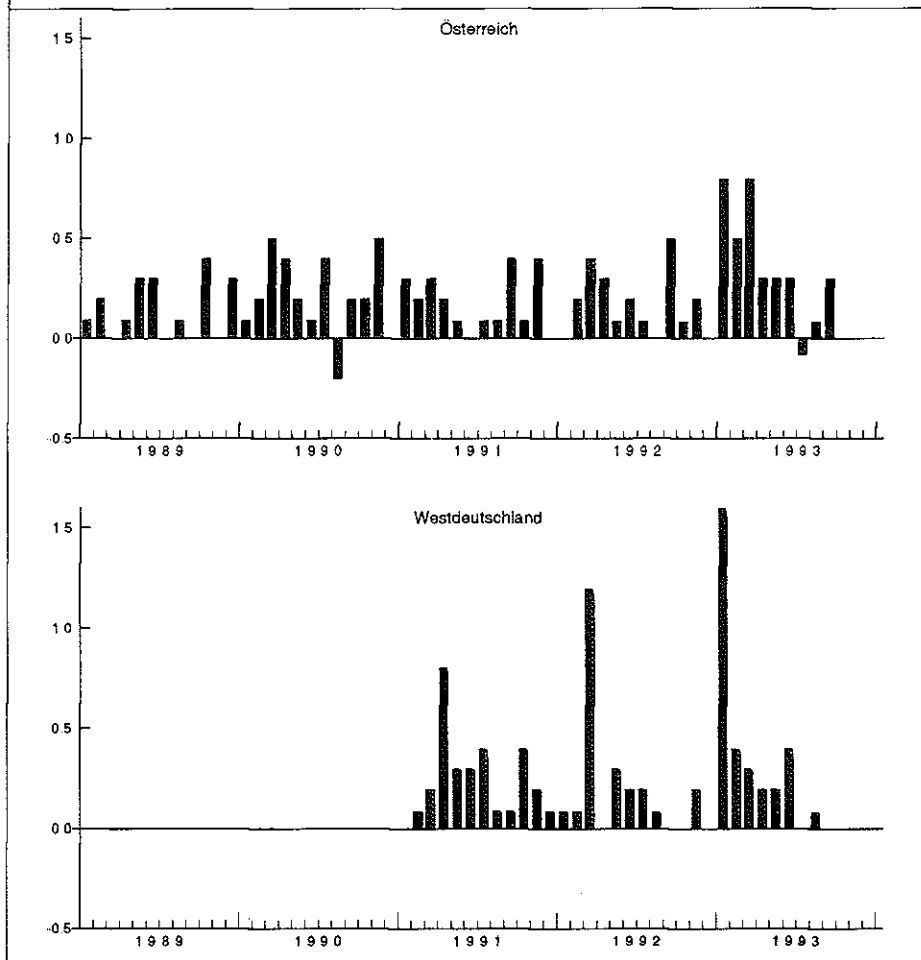
¹⁾ Für Österreich: Mieten, Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung

men zuungunsten der Arbeitnehmer; rechterhalten werden kann²⁾. Die Folge ist, daß es zu stärkeren Lohnforderungen und Lohnerhöhungen und damit der Gefahr einer inflationären Spirale, die

Preise langlebiger Gebrauchsgüter in Österreich und der BRD

Abbildung 4

Veränderung gegen den Vormonat in %



²⁾ Auch von der Nachfrageseite ergibt sich inflationärer Druck: Die Unterbewertung der Währung läßt den Außenhandelssektor florieren; die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften in diesem Sektor beschleunigt den Lohnauftrieb und macht damit die Stabilitätsgewinne wieder zunichte.

auch den Wechselkurs gefährdet (Pollan, 1991)

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre lassen asymmetrische Preisefekte auf der Importseite vermuten: Verteuerungen werden rasch, Verbilligungen dagegen nur langsam und unvollständig an die Letztverbraucher weitergegeben. Die OECD schrieb zu dieser Frage im Österreich-Bericht 1989/90 im Abschnitt „Wettbewerb und Wettbewerbspolitik: Binnen- und außenwirtschaftliche Aspekte“: „Aufgrund Österreichs geographischer Lage am östlichen Rand Westeuropas, seiner relativ kleinen Unternehmen und der oligopolistischen Struktur seiner Importe sind ausländische Lieferanten in der Lage, Preisdifferenzierung zwischen dem österreichischen und anderen Exportmärkten zu betreiben“ (OECD, 1990, S. 69)³⁾

Belege hierfür stammen nicht nur aus Analysen der Marktformen in Österreich, sondern auch aus empirischen Untersuchungen. Zum Beispiel war der Importpreiserückgang in der Periode fallender Rohstoffpreise 1986/87 in Österreich merklich schwächer ausgeprägt als in der BRD und den Niederlanden. Dieser Schluß ergibt sich auch aus der Beobachtung von Rohwaren- und Energiepreisen. Wie der OECD-Bericht weiter ausführt, lassen die Daten über Einzelhandelspreise erkennen, daß „die Weitergabe der niedrigen Importpreise an die Endverbraucher geringer ausfiel und langsamer erfolgte als in Deutschland. Dies legt den Schluß nahe, daß Handelsbarrieren und Wettbewerbsbeschränkungen sowohl an der Grenze als auch in Österreich selbst bestehen“ (OECD, 1990, S. 69)

Laut OECD verstärkt auch ein Vergleich der Kosten- und Preisentwicklung im Groß- und Einzelhandel mit jener in Deutschland den Eindruck eines relativ geringen Wettbewerbsdrucks in Österreich. Die Handelsspannen, so der Befund der OECD, waren in Österreich nicht nur höher, sondern auch weniger kostenbestimmt als in Deutschland, was zu höheren Erträgen führte.

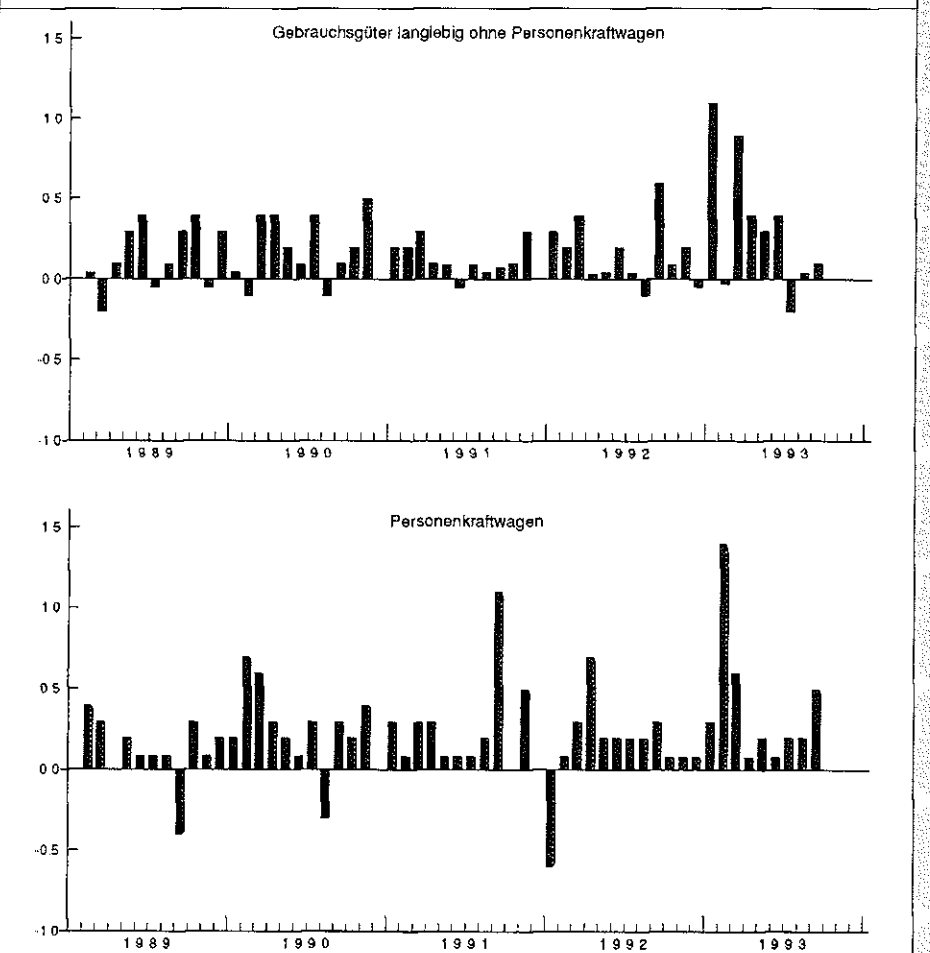
³⁾ Siehe dazu auch Busch et al. (1990). Diese Untersuchung zeigt, daß sich in Zeiten fallender Importpreise von Erdöl und Erdölprodukten die Schere zwischen Verbraucherpreisen und Importpreisen öffnet.

Kaufkraftvergleich für Industriearbeiter 1982 und 1992 Übersicht 5

	Arbeitszeit			
	1982		1992	
	Stunden	Minuten	Stunden	Minuten
1 l Vollmilch		8,3		5,5
1 Stück Semmel (maschingeformt)		1,1		1,1
970 g Mischbrot, Wecken		10,0		10,6
1 kg Feinkristallzucker		10,7		7,4
1 kg Kartoffeln fest		5,2		4,8
2 l Weißwein		29,4		22,5
250 g Teebutter		15,6		10,6
250 g Bohnenkaffee		23,1		13,6
1 kg Rindfleisch, Beiried	1	53,7	1	40,4
1 kg Schweinefleisch, Schnitzel	1	22,8		56,8
Wiener Schnitzel im Restaurant		51,5		43,7
1 Packung Filterzigaretten Milde Sorte		15,8		13,6
100 kWh Elektrischer Strom Grundgebühr und Arbeitspreis	2	12,1	1	28,8
1 Damenkleid	18	42,2	14	56,8
1 Herrenhemd	4	62,2	4	17,5
1 Paar Herrenhalbschuhe	9	2,3	8	6,6
Putzerei (Anzug, Schnellreinigung)	1	5,1	1	0,9
Farbfernsehgerät	176	27,7	104	25,8
1 Stunde Arbeitszeit Gas- und Wasserleitungsinstallateur				
Monteur und Halfer	6	33,8	6	34,6
1 Stunde Arbeitszeit Kfz-Mechaniker	4	59,5	5	17,7
1 l Normalbenzin		8,5		4,6
100 km Bahntarif 2 Klasse alle Züge	1	42,1	1	5,6
Briefporto Inland		3,2		2,7

Preise langlebiger Gebrauchsgüter Abbildung 5

Veränderung gegen den Vormonat in %



Die Veränderungsrate der Pkw-Preise weist Anfang 1993 eine starke Spitze auf, die mit der Anhebung der Mehrwertsteuer in der BRD zusammenhängen dürfte. Auch für sonstige langlebige Verbrauchsgüter zeigt sich zu Jahresbeginn eine deutliche Verstärkung des Preisauftriebs, die parallel zu jener in der BRD verläuft.

Die Entwicklung einiger ausgewählter Preise

Der Verbraucherpreisindex erfaßt die Preisentwicklung einer großen Zahl von Waren und Dienstleistungen. Ein Vergleich mit der Entwicklung der Einkommen kann ein grobes Bild über die Entwicklung des Lebensstandards geben. Als Maßstab für die Einkommensentwicklung bietet sich jene der Netto-Stundenlöhne von Industriearbeitern an (Netto-Monatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen je geleistete Arbeitsstunde).

Diese Berechnung vergleicht wie lange ein Industriearbeiter 1982 und 1992 arbeiten mußte (in Stunden und Minuten) um eine bestimmte Ware kaufen zu können (Übersicht 5).

Die Netto-Stundenlöhne der Industriearbeiter sind zwischen 1982 und 1992 um 65,5% gestiegen. Berücksichtigt man die Erhöhung der Verbraucherpreise über diesen Zeitraum, so ergibt sich ein Zuwachs der realen Nettoverdienste der Industriearbeiter um 22,7% oder 2,1% pro Jahr. Nach einer Stagnation bis etwa 1985 wuchs das Realeinkommen in den letzten Jahren wieder. Gleichzeitig nahm mit dem Rückgang der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden auch die Freizeit zu.

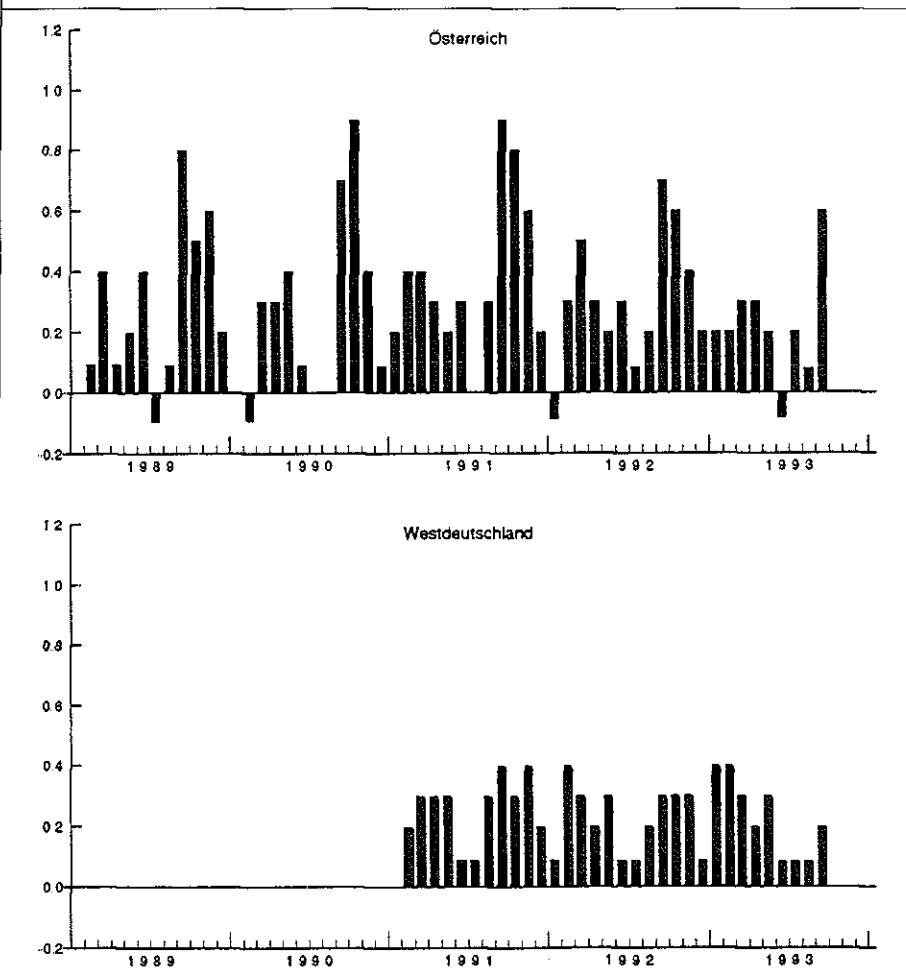
Besonders stark ermäßigte sich der Arbeitsaufwand für technische Güter und einige Nahrungsmittel. Im Dienstleistungssektor dagegen sind arbeitsparende Maßnahmen schwieriger zu verwirklichen, und der Arbeitsaufwand ist fast unverändert geblieben.

Zwischen dem Zeitraum von 1990 und 1993, als Rohstoffe um 20% bis 30% billiger wurden, und dem Zeitraum 1986 bis 1988 drängen sich Parallelen auf, auch wenn die Preisrückgänge in der ersten Periode stärker ausgeprägt waren. Die Vermutung liegt nahe, daß auch in den letzten Jahren die Verbilligung von Rohstoffen und Halbfertigwaren in den Preisen von Industrieprodukten nicht vollständig weitergegeben wurde. Auf der Ebene der Konsumentenpreise bietet sich ein Vergleich mit der Entwicklung der deutschen Verbraucherpreise an. In der Vergangenheit entwickelten sich die Preise der Industriewaren in Österreich ähnlich wie in der BRD (Pollan, 1984, S. 699-701). 1992 verteuerten sich Industriegüter auf der Verbraucherebene in Österreich um

Preise kurzlebiger Gebrauchsgüter in Österreich und der BRD

Abbildung 6

Veränderung gegen den Vormonat in %



3,1%, in der BRD um nur 2,8%. Der Abstand war für Verbrauchsgüter und Gebrauchsgüter etwa gleich hoch, allerdings war in Österreich der Preisauftrieb der kurzlebigen Gebrauchsgüter stärker und der langlebigen Gebrauchsgüter schwächer als in der Bundesrepublik Deutschland.

1993 blieben die Unterschiede in den Inflationsraten der Industriegüter nahezu erhalten. Dies ist erstaunlich, wenn man bedenkt, daß in der BRD mit Jahresbeginn die Mehrwertsteuer von 14% auf 15% erhöht wurde. Rein rechnerisch bewirkt eine Erhöhung in diesem Ausmaß eine Verteuerung der Konsumgüter um 0,9 Prozentpunkte, wenn die Steuererhöhung voll auf die Konsumenten überwälzt wird. Selbst wenn man unterstellt, daß angesichts der Konjunkturfalte die Steuererhöhung erst allmählich an die Konsumenten weitergegeben wird, erhöht

sich das steuerbereinigte Inflationsdifferential auf mindestens ¼ Prozentpunkte⁴⁾.

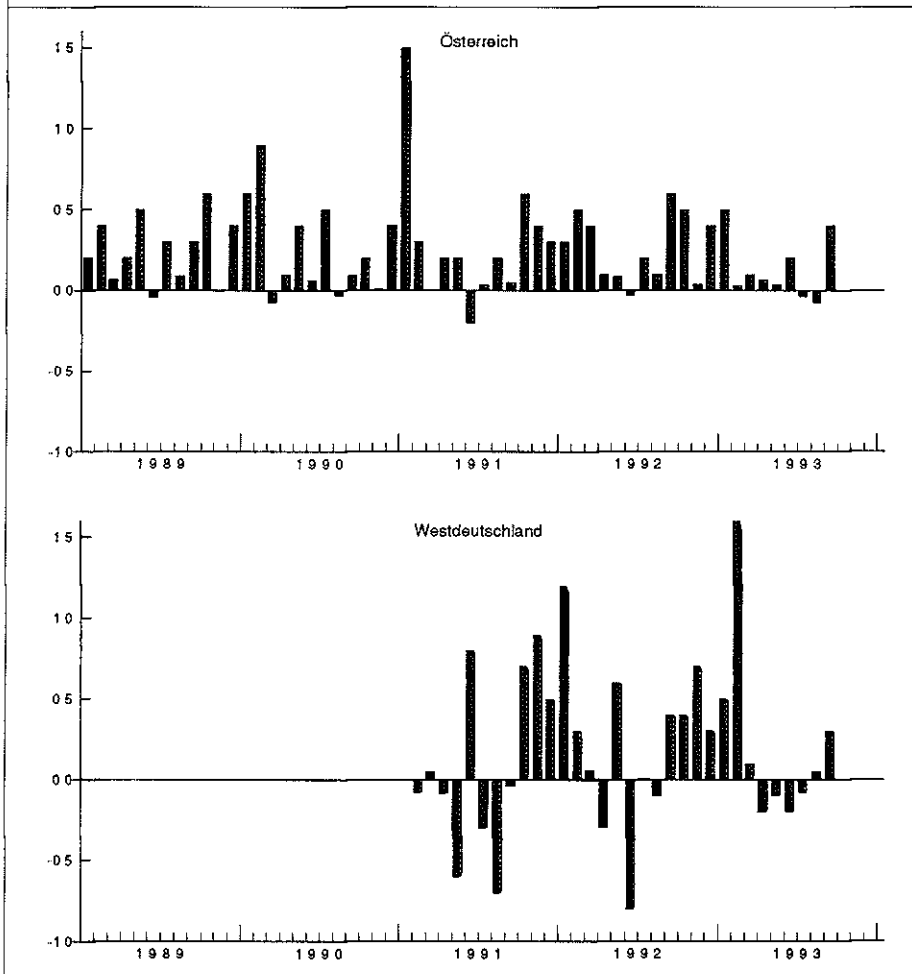
Nun erhebt sich die Frage, ob diese großen Unterschiede allein dem asymmetrischen Verhalten der Preisfestsetzer — rasche Überwälzung von Kostensteigerungen, langsame Entlastung der Preise im Fall von Kostensenkungen — zugerechnet werden können. Auch eine andere Erklärung bietet sich an, die gerade auf der Anhebung der Mehrwertsteuer in der BRD fußt. Bereits 1990 wies die OECD darauf hin, daß die deutschen Exportpreise von Büchern die deutsche Mehrwertsteuer enthalten und trotz deren Abzugsfähigkeit an die österreichischen Verbraucher weitergegeben werden (OECD, 1990, S. 69). Bei gleichbleibender Buchmark bewirkt eine Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland eine Erhöhung um den-

⁴⁾ Die deutschen Forschungsinstitute schätzen, daß der Gesamtindex infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer 1993 um 0,5% steigt.

Preise industrieller Verbrauchsgüter in Österreich und der BRD

Abbildung 7

Veränderung gegen den Vormonat in %



selben Prozentsatz in Österreich. Was die OECD als *Beispiel* für oligopolistische Strukturen und die Möglichkeit der Preisdifferenzierung zwischen den österreichischen und anderen Exportmärkten anführt, dürfte tatsächlich weit verbreitete Praxis sein. Die Beobachtung des zeitlichen Verlaufs der Erhöhungen der Gebrauchsgüter läßt vermuten, daß die deutschen Preislisten nach Anwendung eines Umrechnungsfaktors in vielen Bereichen auch in Österreich gelten.

Die Abbildungen 4 und 5 zeigen die Veränderungsdaten der Preise von

langlebigen Gebrauchsgütern gegenüber dem Vormonat. Die Entwicklung der Preise dieser Gruppe von Monat zu Monat weicht 1993 beträchtlich vom bisherigen Muster ab. Deutlich erkennbar ist die Spitze zu Beginn des Jahres 1993; sie stimmt mit jener in der BRD, die durch die Mehrwertsteueranhebung verursacht wurde, zeitlich überein (mit einer Verzögerung von durchschnittlich etwa einem Monat) und entspricht ihr auch im Ausmaß.

Personenkraftwagen sind eine wichtige Gruppe innerhalb der langlebigen Gebrauchsgüter; sie haben im ge-

samten Verbraucherpreisindex ein Gewicht von 3,7%, von 34% innerhalb der Untergruppe⁵⁾. Auch hier ergibt sich dasselbe Bild: eine starke Spitze zu Beginn des Jahres, die mit der Anhebung der Mehrwertsteuer in der BRD zusammenhängen dürfte. Die Pkw-Preise wurden im Februar im Durchschnitt um 1,4% angehoben, im März um weitere 0,6%. Damit erreichte die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr +3,8%. Gegenüber der Entwicklung in der BRD ergibt sich eine Verzögerung von einem Monat: Hier stiegen die Preise bereits im Jänner (+2,9%), die Preissteigerung im Februar fiel nur mehr geringfügig aus (0,5%)⁶⁾. Die Anhebung der Pkw-Preise in Österreich zum Zeitpunkt der Erhöhung der Mehrwertsteuer in der BRD entspricht dem Bild eines durch nichttarifäre Barrieren abgeschirmten Sektors. Auch die im internationalen Vergleich sowohl in Relation zur Einwohnerzahl als auch zum Pkw-Bestand sehr hohe Betriebsdichte in Österreich spricht dafür, den Kfz-Handel zu den geschützten Bereichen zu rechnen (Schuh — Hrzina, 1992).

Die Preise kurzlebiger Gebrauchsgüter zeigen zwar nicht die charakteristische Ballung von Erhöhungen wie die langlebigen Gebrauchsgüter, ihr Auftrieb läßt dennoch trotz der Entlastung auf der Kostenseite nur allmählich nach und lag in den ersten drei Quartalen um etwa ¼ Prozentpunkte über den Raten für die BRD, obwohl diese noch den Mehrwertsteuereffekt enthalten. Lediglich die Veränderungsdaten der Preise industriell erzeugter Verbrauchsgüter lagen im Vorjahresvergleich unter jenen der BRD oder überschritten sie — um den Steuereffekt bereinigt — zumindest nicht. Die Preise der Verbrauchsgüter weisen, anders als jene der Gebrauchsgüter, keine Spitze zu Beginn des Jahres 1993 auf — diese ist aber wohl in der deutschen Reihe zu erkennen⁷⁾.

⁵⁾ Der Rückgang der Preise von Pkw Anfang 1993 um 0,6% dürfte auf die Umstellung der Kfz-Besteuerung zurückgehen. Mit 1. Jänner 1992 wurde die Normverbrauchsabgabe (NoVA) eingeführt. Gleichzeitig wurde der Umsatzsteuersatz für Motorräder und Pkw von 32% auf 20% gesenkt. Die Neuregelung begünstigt Pkw in den unteren und benachteiligt jene in den oberen Hubraumklassen. Eine Schätzung der Auswirkungen der NoVA auf die Pkw-Preise ergibt, daß sich die im Verbraucherpreisindex erfaßten Pkw rechnerisch durch die Neuregelung um durchschnittlich 0,6% verbilligten. Die steuerliche Entlastung wurde also an die Konsumenten weitergegeben (siehe dazu auch ÖAMTC, 1992).

⁶⁾ Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Österreich werden Listenpreise erfaßt; deren Entwicklung kann kurzfristig von den tatsächlich gezahlten Preisen abweichen, wenn die den Käufern gewährten Abschläge je nach Geschäftsgang schwanken. Vor einer schon seit einiger Zeit bekannten Erhöhung der Mehrwertsteuer wird der Käuferrabatt eher zurückgehen, nach der Steuererhöhung zunehmen.

⁷⁾ Die industriell erzeugten Verbrauchsgüter in der hier verwendeten Zusammenstellung enthalten in beiden Ländern Schnittblumen und Zimmerpflanzen, deren Preise stark saisonal schwanken.

Langfristige Entwicklung der Verbraucherpreise

Übersicht 6

	1982/1992 Durchschnittliche jährliche Veränderung in %
Nahrungsmittel	+2,3
Preisgeregelt	+2,3
Nicht preisgeregelt	+2,4
Fleisch Geflügel Fische	+2,4
Saisonwaren	+1,9
Tabakwaren	+3,3
Mieten	+5,6
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung	+3,8
Dienstleistungen	
Preisgeregelt	+3,9
Nicht preisgeregelt	+4,5
Industrielle und gewerbliche Waren	+2,8
Industrielle Verbrauchsgüter	+2,6
Gebrauchsgüter	
Langlebig	+3,2
Kurzlebig	+2,5
Energie	-0,2
Index der Verbraucherpreise	+3,0
Ohne Saisonwaren	+3,1
Ohne Energie	+3,3

Die Verbraucherpreise stiegen von 1982 bis 1992 im Durchschnitt um 3,0% pro Jahr. Wie schon in früheren

Die Entwicklung der Verbraucherpreise in den letzten zehn Jahren

Zehnjahresperioden erweisen sich die Mieten als jene Preiskategorie mit

der höchsten Steigerungsrate (5,6%). Danach folgen mit 4,6% nicht preisgeregelt Dienstleistungen etwa im Ausmaß der Erhöhung der Tariflöhne. Preisgeregelt Dienstleistungen sowie Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung verteuerten sich um weniger als 4%. Die Preise industrieller und gewerblicher Waren erhöhten sich um 2,8%. Noch weiter

unter dem Durchschnitt blieben die Nahrungsmittelpreise (2,3%). In den Energiepreisen spiegelt sich der Verfall der Erdölpreise 1986: Sie gingen von 1982 bis 1992 geringfügig zurück.

Literaturhinweise

Busch, G., Guger, A., Musil, K., Schebeck, F., Stanovsky, J., „Effekte der jüngsten Erdölverteuerung“, WIFO-Monatsberichte, 1990, 63(9).

Gartner, Ch., Glück, H., „Verbraucherpreisanstieg 1992 und wettbewerbspolitischer Handlungsbedarf in Österreich“, Oesterreichische Nationalbank, Berichte und Studien, 1993, (1).

Lehner, G., et al., Die zweite Etappe der Steuerreform, WIFO, Wien, 1993.

ÖAMTC, Auto Touring, März 1992, S. 40.

OECD, Wirtschaftsberichte 1989/90: Österreich, Wien, 1990.

ÖGB, Nachrichtendienst, 1993, (2716), S. 2-3.

Pollan, W., „Hohe Inflationsrate in Österreich im Vergleich zur BRD im Jahr 1984“, WIFO-Monatsberichte, 1984, 57(11-12).

Pollan, W., „The Equivalence of a Productivity-Geared Wage Policy and the Scandinavian Model of Inflation“, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1991, 208(3), S. 254-261.

Schuh, A., Hrzina, A., „Die Folgen eines EG-Bertritts Österreichs für den österreichischen Fahrzeughandel — Wirkungsanalyse und Strategiediskussion aus Branchen- und Unternehmenssicht“, Der Markt, 1992, 31(120).